



Foto: AFP, Reuters

# Wenig erreicht

Washington – Als die 100-Tage-Marke näher rückte, fand Donald Trump plötzlich, das sei eine unbedeutende, sogar völlig falsche Marke, diese berühmten 100 Tage. Er wusste warum. Denn in diesen ersten drei Monaten hat Trump praktisch keines von seinen vielen Versprechen umgesetzt. Barack Obamas Gesundheitsreform konnten die Republikaner erst nach 106 Tagen kippen, und das nur in einer Kongresskammer. Es ist Trumps einziger Erfolg im Parlament. Sonst regiert er nur per Dekret: Er stoppte die Finanzierung der Kultur und der Suppenküchen für Arme. Er erklärte den Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen. Er stoppte Obamas Umweltschutz- und Konsumentenschutz-Standards. Aber die Projekte, die seine Wähler am heftigsten herbeisehnen, kommen nicht voran: Keines der existierenden Freihandelsabkommen ist gekündigt oder wird neu verhandelt. Und die berühmte Mauer zu Mexiko ist weder begonnen noch finanziert noch überhaupt geplant.

## Heikle Reise

Am Freitag beginnt der US-Präsident seine erste Auslandsreise. Es könnte zu heissen Treffen kommen. Trump wird zuerst Zentren der drei grossen Religionen besuchen, so auch Riad im muslimischen Saudi-Arabien. Der Präsident steht mit dem Islam auf Kriegsfuss, weil er Muslime mehrerer Länder nicht mehr in die USA einreisen lassen will. Anschliessend besucht er in Brüssel den Gipfel der Nato, die er noch vor Amtsantritt als «überflüssig» bezeichnet hatte. Ebenfalls in Brüssel trifft er die Spitze der EU – deren Zerfall ebenfalls prophezeit hatte.

# «Er schafft er mehr Feinde»

## Worauf müssen wir uns noch gefasst machen?

Ein Vorfall zieht den nächsten mit sich. Trump schafft sich mit seinen Handlungen immer mehr Feinde, die immer mehr Indiskretionen weitergeben. Allerdings gibt es dadurch auch einen Abnutzungseffekt. Wenn immer ein neuer Skandal die alten Ereignisse überschattet, werden die einzelnen quasi erschlagen. Man kann dies fast als eine Art Überlebensstrategie Trumps bezeichnen.

Wie gross ist die Kritik bei den Republikanern? Derzeit hat Trumps eigene Partei noch kein Interesse daran, ihren Präsidenten anzugreifen. Sonst könnte sie ihre eigene Agenda nicht durchbringen. Selbst bei der

Watergate-Affäre von Nixon stand dessen eigene Partei sehr lang hinter ihm. Der Vergleich mit der Watergate-Affäre wird zurzeit immer lauter. Probleme unter den Republikanern wird es sehr wahrscheinlich erst dann geben, wenn die Parteikollegen Angst um ihre Wiederwahl haben.

Was braucht es denn noch alles, damit Trump kippt? Allein für den Start eines Verfahrens müssten sich Teile der eigenen Partei gegen Trump stellen. Eine tatsächliche Amtsenthebung wäre damit aber immer noch unwahrscheinlich. Politisches Versagen allein reicht nicht aus. Laut Verfassung kommen eher Hochverrat, Bestechlichkeit oder andere Verbrechen in Frage, und am Schluss müssten ihn zwei Drittel des Senats für schuldig befinden.

Interview: Stéphanie Jenzer

# ngt Coop zum Kochen



Tierfutter-Produzent Whiskas. Mars steht bei Coop nicht das erste Mal am Abzocker-Pranger. Im August 2011 kippte der Grossverteiler schon einmal Uncle Ben's aus dem Sortiment. Damals stand jedoch ein anderer Text auf den Regal-Hinweisen: «Wir werden diese Marke wegen Nichtweitergabe von Währungskursgewinnen nicht mehr anbieten», schoss Coop damals gegen Mars (BLICK berichtete).

Die Boykott-Drohungen haben im August 2011 jedenfalls gefruchtet. Mars und andere Marken-Giganten lenkten ein. Deren Produkte kehrten in die Coop-Regale zurück – mit zehn bis 20 Prozent tieferen Preisen.

«Wir sind zuversichtlich, dass wir mit Mars bald eine Lösung finden werden», heisst es bei Coop. Der Marken-Gigant Mars wollte trotz wiederholter Nachfrage keine Stellung nehmen zum Boykott.

Ulrich Rotzinger

## Tampons immer billiger

Tampons saugen gut und enthalten wenig Schadstoffe. Das besagt ein aktueller «K-Tipp»-Test. Überraschender Befund: Ein guter Tampon muss auch nicht teuer sein. Beispiel: Der Tampon Procomfort Normal von Markenhersteller o.b. kostet bei Spar 14 Rappen pro Stück. Jenen von Tampax (Compak Regular) verkauft Coop aktuell für 23 Rappen. Laut dem Konsumentenmagazin betrug dessen Preis im Jahr 2005 pro Stück 25 bis 30 Rappen. Die Auszeichnung «Kauftipp» erhält der Cresta-Tampon, gekauft bei Aldi für 6 Rappen pro Stück.

# Mitgründer der deutschen Grünen hält die Energiewende für «ein Desaster»

# Otto Schily liefert Blocher Zündstoff



Foto: Keystone

Alt Bundesrat Christoph Blocher und Otto Schily waren zeitgleich Mitglieder ihrer jeweiligen Landesregierungen.

Wie Sie wissen, halte ich die sogenannte „Energiewende“ in Deutschland sowohl unter wirtschaftlichem, finanziellem, ökologischem, sozialem und klimapolitischem Vorzeichen für ein Desaster. Es wäre sehr zu bedauern, wenn die Schweiz sich für ein ähnliches Modell entscheiden würde.

Zu der internen Schweizer Diskussion ist in der Neuen Zürcher Zeitung vom 5. Mai 2017 ein lesenswerter Artikel unter der Überschrift erschienen unter dem Titel „Das falsche Vorbild Deutschland“. Die Kritik in Deutschland nimmt inzwischen auch zu. Es wird aber leider wohl noch eine Weile dauern, bis hierzulande erkannt wird, dass „der Kaiser unbekleidet ist“. Die aktuelle deutsche Energiepolitik verstösst diametral gegen alle marktwirtschaftlichen Grundsätze. Ist mit immensam Subventionsaufwand verbunden, der inzwischen mehr als 25 Mrd. EUR jährlich verschlingt und sich weiter erhöhen wird. Die Kosten müssen die Verbraucher aufbringen, deren Stromrechnung von Jahr zu Jahr steigt. Wegen des Vorrang-Prinzips zu Gunsten von Photovoltaik-Anlagen und Windrädern können die traditionellen Kraftwerke nicht mehr rentabel betrieben werden. Die Energieversorger werden gleichwohl in einigen Fällen gezwungen, die Kraftwerke in Betrieb zu halten, um eine bedarfsgerechte Stromversorgung zu gewährleisten, weil die Photovoltaik-Anlagen und die Windräder phasenweise nicht ausreichend Strom produzieren. Umgekehrt spielen die Photovoltaik-Anlagen und die Windräder bei bestimmten Wetterlagen zu viel Strom ins Netz, was wiederum zu grossen technischen Problemen und zusätzlichem erheblichem finanziellen Aufwand führt. Die Energiewende ist überdies sozial äußerst ungerecht, weil die unteren Einkommensschichten für die subventionierten Gewinne der Betreiber von Photovoltaik-Anlagen und von Windparks aufkommen müssen. Der Ausbau der Windenergie-Anlagen hat in Deutschland zu weitläufiger Zerstörung von alten Kulturlandschaften und zu enormen Schäden in der Vogelwelt geführt. Diese Zerstörung nimmt immer grössere Ausmaße an.

Das Schreiben macht deutlich, dass Otto Schily die deutsche Energiewende kategorisch ablehnt.

Bei Schily, gestern erhielt er die überraschende Antwort. Diese schickte er zur Kenntnisnahme an Energieministerin Doris Leuthard und an den innersten SVP-Zirkel. Daraus gelangte das Schreiben zu BLICK – wohl in der Hoffnung, dass Schilys Äusserungen noch einige Stimmbürger ins Nein-Lager treiben. Das «bedauert» Blocher, wie er sagt.

Immer wieder müssen sich Parteichef Albert Rösti und Co. gegen Lügen-Vorwürfe verteidigen. Noch weniger mag es die Rechts-Partei allerdings, wenn sich ausländische Politiker in eine eidgenössische Abstimmung einmischen. Doch gestern dürfte sich Parteistrategie Christoph Blocher über brisante Post aus Deutschland gefreut haben.

In einem Brief an den alt Bundesrat findet Otto Schily, Ex-Bundesminister des Innern und Mitbegründer der deutschen Grünen, deutliche Worte zur «Energiewende» in seinem Land. Diese halte er sowohl aus wirtschaftlicher wie auch aus sozialer und ökologischer Sicht für ein «Desaster», schreibt er.

Der SPD-Politiker hofft im Hinblick auf die Abstimmung, dass das Schweizer Volk, «das sich immer wieder als weitaus vernünftiger und weitsichtiger als Deutschland (...) erwiesen hat», das Land davor bewahren werde, «die weitreichenden energiepolitischen Fehler der deutschen Energiewende zu wiederholen».

Hintergrund des brisanten Schreibens: Schily und Blocher waren zeitgleich Regierungsmitglieder und beide für die Sicherheit zuständig. Seither kennen sich die Politiker. «Heute haben wir einen lockeren Kontakt», sagt Blocher auf Anfrage.

Aufgrund seiner Interviews zur Energiepolitik und weil Schily in der Energieforschung involviert sei, habe sich dieser Ende 2016 bei ihm gemeldet. In der Folge habe er Schily am 31. Januar in Zürich getroffen, sagt Blocher.

Der SVP-Doyen meldete sich daraufhin im April nochmals

Herrn a. Nationalrat und a. Bundesrat Dr. Christoph Blocher  
SCHWEIZ  
Sehr geehrter Herr Blocher,  
vielen Dank für Ihren freundlichen Brief vom 13. April 2017.

Die steuerbegünstigten Investitionen in der Solarwirtschaft in Deutschland sind nahezu ausnahmslos gescheitert und haben sich als enormes Verlustgeschäft herausgestellt. Es mussten Milliardenbeträge abgeschrieben werden. Siemens, Bosch, CSG Solar, Sontor und So...

Schily ist eine schillernde Figur und meldet sich noch immer ab und an zu Wort. Dass er sich vom einstigen Atomgegner zum Gegner der Energiewende gewandelt hat, ist in Deutschland bekannt. Bereits 1989 wechselte er von den Grünen zur SPD.

Mit der von ihm mitbegründeten Partei hat er sich offensichtlich überworfen. Erst im Februar wurde bekannt, dass Schily den heutigen Grünen-Chef Cem Özdemir vor Gericht zieht. Dieser hatte in einem Buch Aussagen über Schily gemacht, die diesem nicht gefielen.

Der ehemalige deutsche Innenminister setzt auf die Vernunft der Schweizer.

# Aufsicht eilt Bundesanwaltschaft zu Hilfe Infos des Spions «nicht relevant»

Der Krimi um den in Deutschland inhaftierten Spion Daniel M.\* ist um ein Kapitel reicher. Die in die Kritik geratene Bundesanwaltschaft (BA) bekommt Schützenhilfe – von ihrer Aufsichtsbehörde. Diese hat gestern über den Zwischenstand ihrer Abklärungen in der verworrenen Geschichte informiert. Diese zeigten, dass die BA in ihren Ermittlungen gegen drei Steuerfahnder des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen Informationen, die M. besorgt haben soll, gar nicht gebraucht habe.

Die Namen der Deutschen seien bereits in einem Rechts-hilfessuchen gestanden, das die BA Ende 2010 und damit vor M.s möglichen Einsatz nach Deutschland geschickt hatte. 2011 habe die BA lediglich «ergänzende Hinweise zu den Personalien der drei Verdächtigen» erhalten, die zwar zur «Vervollständigung der Akten dienlich, für die eigentlichen Zwecke der Strafverfolgung aber nicht relevant» gewesen seien. Nur: Ob auch die Haftbefehle gegen die Steuerfahnder ohne die Zusatzinformationen von M. möglich gewesen wären, sagen die Aufseher nicht.

FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger (AG) widersprechen. Diese hatte im BLICK erklärt: «Aufgrund von M.s Informationen wurden Haftbefehle gegen drei deutsche Steuerfahnder erlassen.»



Auch zur Kritik, dass die BA Akten ungeschwärzt nach Deutschland geschickt hat, nimmt die Aufsicht die Strafverfolger des Bundes in Schutz: Weder der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) noch Daniel M. hätten einen Hinweis auf Geheimhaltungsinteressen geäussert. Zumindest das kann bezweifelt werden. In der Einvernahme, in der Daniel M. seine Tätigkeit für den NDB gegenüber der Bundeskriminalpolizei offenlegte, hatte dieser wörtlich gesagt: «Ich betrachte Sie als Amtsgeheimnisträger der Bundespolizei, wie auch die Bundesanwaltschaft. Die können mit diesen Daten umgehen.»

Corina Eichenberger leistet Bundesanwalt Michael Lauber Schützenhilfe.

Foto: AFP, Keystone